

Instabile (Gegen)Öffentlichkeiten. Online Plattformen als hybride Foren gesellschaftspolitischer Debatten

Mirko Tobias Schäfer, Utrecht University

Bürgerliches Erwachen in der virtuellen Shopping Mall

Im April 2009 wendet sich Mark Zuckerberg mit einer Video-Botschaft an seine damals 450 Millionen Nutzer. In beinahe staatsmännischer Pose ruft der junge CEO des aufstrebenden Unternehmens Facebook auf, sich an der Wahl zu beteiligen, die darüber entscheiden soll, welche Regeln den Verhaltenscodex auf Facebook bestimmen sollen. Facebook hatte seine *Statement of Rights and Responsibilities* übersetzt in zahlreiche Sprachen auf der plattformeigenen Governance Page zur Diskussion gestellt.¹ Wie Zuckerberg nicht ohne Stolz erwähnt hatte die weltweit größte soziale Formation die Gelegenheit, die vom Unternehmen gestalteten Regeln zu kommentieren. Angeblich hat das Unternehmen diese Kommentare bei der Erstellung der neuen Regeln berücksichtigt und den Nutzern erlaubt, abzustimmen, welche Änderungen letztendlich in die verbindliche Version aufgenommen werden sollen. Auch später vorgenommene Änderungen der Nutzungsbedingungen werden auf der Facebook Governance Page angekündigt und die Anwender werden aufgefordert, die Vorschläge zu kommentieren.² Es wird dem aufmerksamen Nutzer nicht ganz deutlich, wie die Wahl abläuft und die Integrität des Ergebnisses gewahrt wird; auch ist unklar, inwiefern die Wahlentscheidung der User für das Unternehmen bindend sein soll. Aber viel interessanter ist Facebooks Bestreben so, etwas wie legitime Souveränität zu etablieren, bei der nicht nur der CEO des Unternehmens als Quasi-Präsident präsentiert wird, sondern vor allem eine weitreichende Partizipation der User an den Entscheidungsprozessen hinsichtlich der Regeln suggeriert wird. Dazu gehört das staatsmännische Auftreten Zuckerbergs in einem Video, das in seinem Format an die Fernsehansprachen gewählter Volksvertreter erinnert genauso wie der suggestive Titel *Statement of Rights and Responsibilities*, das die ursprünglichen *Terms of Use* ersetzt. Das Dokument listet im Wesentlichen Verpflichtungen und Beschränkungen für die Anwender auf, während die Verpflichtungen des Unternehmens beschränken sich im großen und Ganzen auf ein rhetorisches „We respect other people’s rights, and expect you to do the same“ beschränken, um dann mit der Liste der zu respektierenden Rechte fortzufahren.³ Die Anwender verpflichten sich bereits durch die Nutzung von Facebook zu diesen Regeln. Entwickler, die Applikationen für die Plattform entwickeln wollen, unterwerfen sich zudem noch den *Facebook Platform Policies*.⁴

1 Facebook, „Governance Page“, <<https://www.facebook.com/fbsitegovernance>>

2 Updates auf der Facebook Governance Page sehen beispielsweise so aus: “We’ve proposed updates to our Privacy Policy and Statement of Rights and Responsibilities. We encourage you to read through the proposed documents and offer your comments on the “Documents” tab of this Page by 12:00am PDT on April 3, 2010.” <<https://www.facebook.com/fbsitegovernance>>

3 Facebook Statement of Rights and Responsibilities, <https://www.facebook.com/note.php?note_id=183538190300>

4 Das erweiterte Regelwerk bezieht sich auf die Facebook Platform Policies <<https://developers.facebook.com/policy/>>



Abbildung 1. Mark Zuckerberg ruft die Facebook-User auf, sich an der Wahl zu beteiligen

Facebook hat sich nicht immer soviel Mühe gegeben, um seine Anwenderinnen von der Legitimität seiner Nutzungsbedingungen zu überzeugen, und neu ist auch der Trend, plattformweit legitime Souveränität unter scheinbarer Partizipation der Anwender zu suggerieren. Möglicherweise war es eine Antwort auf die Kritik zu Datenschutz und Umgang mit der Privatsphäre der Anwender, womit Facebook sowohl von seinen Usern als auch von Politikern und Datenschützern konfrontiert war. Oder es war die Erkenntnis, dass die populäre online-Plattform in der Tat keine Shopping Mall ist, an dessen Eingang Besucher ihre Bürgerrechte abgeben, um sich dem zwanglosen Shoppingvergnügen hinzugeben. Wie Stefan Münker zu Recht anmerkte, haben sich die sogenannten 'sozialen Medien' zu 'öffentlichen Räumen' entwickelt (Münker 2009). Diese Entwicklung entspricht nicht dem ursprünglich Bestimmungszweck der Plattformen, die in erster Linie versuchen die Aktivitäten der User auf verschiedene Weisen kommerziell zu verwerten. Während die Medienindustrie des 20. Jahrhunderts Inhalte kreierte und deren Konsum mit Werbung verknüpfte, bietet die aufstrebende Medienindustrie des 21. Jahrhunderts Plattformen an, auf denen die Nutzer selbständig Inhalte herstellen. An die Stelle professionell hergestellter Medieninhalte treten die Eigenbeiträge der Nutzer. Individuell geschaltete Werbung, das Angebot von kostenpflichtigen Diensten und die Verwertung von Nutzerdaten stehen im Zentrum der angestrebten Gewinnerzielung. Das technische Design der Plattformen richtet sich völlig an diesem Impetus aus und gestaltet dementsprechend die User-Interfaces und die Software-Applikation. Das lässt sich bei Facebook sehr leicht am sogenannten 'Like-Button' erkennen, dem ganz bewusst kein 'Dislike-Button' gegenübersteht. Werbetreibende sollen nicht abgeschreckt werden durch Anwender, die Produkte, Marken oder Dienste mit einem 'Dislike' bewerten könnten. Das Facebook-Design bietet also hier weniger Möglichkeiten als die römischen Circenses, wo der Plebs zumindest die Möglichkeit zugestanden wurde, mit dem nach oben oder unten ausgerichteten Daumen

abzustimmen.⁵ Das Design der Kommentarfunktionen scheint bewusst lange Debatten zu verhindern und lädt eher zu einer ephemeren Kommunikation der gegenseitigen Anerkennung oder des wohlmeinenden Zustimmens mit dem jeweils geposteten Inhalt durch Klick auf den Like-Button. Andere Designelemente auf Facebook verhindern Hyperlinks zu BitTorrent-files; zeitweise waren sogar Verweise zu 'Bitly-Links', das sind automatisch verkürzte Hyperlinks, nicht möglich, da Facebook fürchtete, diese könnten auch auf Quellen verweisen, die gegen Copyright-Bestimmungen verstoßen oder als SPAM betrachtet werden.⁶ Auch YouTube implementiert zahlreiche Design-Elemente, die das Unternehmen vor eventuellen Klagen wegen Urheberrechtsverletzung schützen sollen. Automatisch werden durch User bereitgestellte Videos mit Datenbanken abgeglichen, die so die unautorisierte Verwendung von Musik erkennen sollen. Ein ähnlicher Abgleich verhindert das erneute Hochladen eines zuvor durch YouTube entfernten Videos. Ein anderer Filter soll die Verwendung von Schimpfwörtern und diskriminierender Sprache in den User-Kommentaren verhindern.⁷ Alle Anwender können durch den 'Flag Button' jedes Video als 'anständig' kennzeichnen. So gekennzeichnete Videos werden dann von einem Redakteur evaluiert und gegebenenfalls entfernt. Was bei YouTube der Flag-Button ist, heisst bei Facebook 'Report'. Meldet ein Nutzer über diesen Knopf Inhalte als anständig, werden diese durch einen Content-Moderator hinsichtlich der Facebook Community Standards überprüft und eventuell entfernt.⁸ Das Ausmaß der Kontrolle, Evaluation und Moderation der von Anwendern hergestellten Inhalte wird in den meisten Kommentaren zu den 'sozialen Medien' übersehen.⁹ Allerdings hat kürzlich der populäre Weblog Gawker die dubiosen Richtlinien der Content-Moderation auf Facebook besprochen.¹⁰ Nur in wenigen Fällen findet die tägliche Zensur, die auf diesen Plattformen stattfindet eine größere Öffentlichkeit: Ein durch Facebook zensiertes Cover des ZEIT Magazins, ein entferntes Wahlplakat der niederländischen Partei Groen Links oder die Zensur von Kunst findet immer wieder mal den Weg in die Medien.¹¹ Unlängst hat die ZEIT auf die Zensur durch Apple, Amazon, Facebook und Google aufmerksam gemacht.¹²

5 Derzeit wird ein Want-Button diskutiert, der ähnlich dem der Like-Button der völlig ephemeren Indikation einer positiven Bewertung, hier des 'Haben-wollens' dient und sich damit nahtlos in die kommerzielle Logik Facebooks einfügt. Laura Stampler: "Here's what Facebook's new 'Want' button will look like", in *Business Insider*, 9. Oktober 2012, online <<http://www.businessinsider.com/what-facebooks-want-button-will-look-like-2012-10>>

6 Ben Parr: "Facebook break all Bit.ly links, marks them as abusive", Blogpost auf *Mashable.com*, 16. Juli 2010, online <<http://mashable.com/2010/07/16/facebook-bitly-broken/>>

7 Matthew Moore: "YouTube's worst comments blocked by filter", in: *The Telegraph*, 2. September 2008, online: <<http://www.telegraph.co.uk/news/newstopping/howaboutthat/2668997/YouTubes-worst-comments-blocked-by-filter.html>>

8 Siehe die Beschreibung des Vorganges auf Facebook: "What happens after you click report", online: <<https://www.facebook.com/notes/facebook-safety/what-happens-after-you-click-report/432670926753695>>

9 Die New York Times berichtet in einem äußerst informativen Artikel über die Arbeit von Firmen wie Caleris, die im Auftrag der großen Web-Plattformen User-generierte Medieninhalte kontrollieren. Siehe: Brad Stone: "Policing the Web's Lurid Precincts", in: *New York Times*, 18 Juli 2010, online <http://www.nytimes.com/2010/07/19/technology/19screen.html?_r=1>

10 Adrian Chen: "Inside Facebook's Outsourced Anti-Porn and Gore Brigade, Where Camel Toes are More Offensive Than Crushed Heads", in *Gawker.com*, 16. Februar 2012, online: <<http://gawker.com/5885714/inside-facebooks-outsourced-anti-porn-and-gore-brigade-where-camel-toes-are-more-offensive-than-crushed-heads>>

11 „Facebook löscht Penis Cover“, Blogpost auf *Futurezone.at*, 28. Juli 2012, <<http://futurezone.at/digitallife/10359-facebook-loescht-penis-cover.php>>

Bas Paternotte: „Facebook verwijdt iconische PSP poster“, in *HP/De Tijd* 23. August 2012, online <<http://www.hpdetijd.nl/2012-08-23/facebook-verwijdt-iconische-psp-poster/>>

12 Götz Hamann und Marcus Rohwetter: "Vier Sheriffs zensieren die Welt. Wie Apple, Facebook, Amazon und Google dem Internet ihre Gesetze aufzwingen", in: *Die Zeit*, 2. August 2012, online: <<http://www.zeit.de/2012/32/Zensur-Apple-Facebook-Amazon-Google>>

Sowohl auf der Ebene der Nutzerbedingungen, als auch auf der des technischen Designs werden Anwenderaktivitäten weitgehend reguliert. Der sogenannte 'User Generated Content' ist daher immer auch das Ergebnis eines hybriden Evaluationsprozesses und damit einer weitreichenden Kontrolle und Regulierung durch das jeweilige Unternehmen unterworfen. Das liegt zum einen am Interesse der Anbieter, um eine Werber-freundliche Plattform anzubieten, die in ihrer Konsens-Orientiertheit Konsumfreundlichkeit ausstrahlen soll. Zum anderen liegt es an der Furcht der Plattform-Anbieter, für die Urheberrechtsverstöße ihrer Anwender haftbar gemacht zu werden.

Die strikten Nutzungsbedingen sind in erster Linie dem Interesse der Unternehmen geschuldet, eventuelle Verantwortung weitgehend von sich zu weisen. Das End User License Agreement für das zur Videospielekonsole Xbox gehörende Netzwerk Xbox Live! führt dies exemplarisch vor:

We may change the Service or delete or discontinue features, games, or other content at any time and for any reason (or no reason). We may cancel or suspend your Service at any time. Our cancellation or suspension may be without cause and without notice. Upon Service cancellation, your right to use the Service stops right away. (Xbox Live EULA2008: n.p.)

Das Unternehmen behält sich selbst alle Rechte vor und verpflichtet sich dem Nutzer gegenüber zu rein gar nichts. Für den Umgang mit Anwenderdaten lässt sich eine ähnliche Haltung feststellen, wie Kurt Opsahl von der Electronic Frontier Foundation zusammenfasst:

Viewed together, the successive policies tell a clear story. Facebook originally earned its core base of users by offering them simple and powerful controls over their personal information. As Facebook grew larger and became more important, it could have chosen to maintain or improve those controls. Instead, it's slowly but surely helped itself — and its advertising and business partners — to more and more of its users' information, while limiting the users' options to control their own information. (Opsahl 2010).¹³

Mit zunehmenden Nutzerzahlen stieg auch die Anzahl kritischer Anwender, die nicht nur sensibel sind für Datenschutz und kulturelle Freiheit, sondern auch über die Fähigkeiten verfügen Aufmerksamkeit für diese Themen zu generieren. Auf allen gängigen Plattformen entstehen regelmäßig engagiert geführte Debatten und Kampagnen, die sich mit den Freiheiten für Anwender und den unternehmensdiktieren Nutzungsbedingungen auseinandersetzen. Als Flickr seine Web-Applikation für die deutschen Nutzer lediglich mit der sogenannten *Safe-Search-Filtereinstellung* zugänglich machte, provozierte das Proteste, die sich direkt auf der Plattform selbst entfalteten.¹⁴ Das Unternehmen hatte sich aufgrund der strengen deutschen Bestimmungen zum Schutze Minderjähriger vor pornographischen Abbildungen für diese Maßnahme entschieden. Die Nutzer hingegen klagten die Maßnahme in zahlreichen Fotos als Zensur an (siehe Abbildung 2).

13 Facebook's eroding privacy policy. A timeline, Electronic Frontier Foundation, 28. April 2010, online: <<http://www.eff.org/deeplinks/2010/04/facebook-timeline>>
See also <http://mattmckeeon.com/facebook-privacy/>

14 Insert Safe Search Geschichte



Abbildung 2: Beispiel für von Flickr-Usern erstellte Protest-Bilder (CC by caro-li)

Auch auf Facebook verwenden die Anwender die Infrastruktur und das User-Interface, um Kritik an den unternehmenseigenen Richtlinien und Praktiken zu üben. Über das Status-Update warnten die User sich vor den vorgenommenen Änderungen der Privacy Settings und gaben Tips, wie diese zu konfigurieren seien, um so wenig Inhalte wie möglich mit Werbetreibenden zu teilen. Diese Berichte verbreiteten sich viral durch die verschiedenen sozialen Netzwerke auf Facebook. In zahlreichen Petitionen für einen Dislike-Button wie für Datenschutzbestimmungen oder andere Anliegen der Anwender ist die Kritik der User formuliert und der Versuch unternommen, bei dem Unternehmen Aufmerksamkeit für das Anliegen zu gewinnen. Die Proteste beschränken sich nicht auf die Plattform-eigene Infrastruktur, sondern finden sich auch auf anderen Seiten im World Wide Web. Der Protest gegen die Facebook Datenschutzrichtlinien wurde eine zeitlang vehement über die Seite *Facebook Protest* geführt.¹⁵ William Uricchio hat zurecht angemerkt, dass die Debatte um die kulturelle Freiheit und die vom Unternehmen diktierten Nutzungsbedingungen, die User oder Konsumenten plötzlich in Bürger verwandelt, die aktiv verbindliche Rechte einfordern und die Rolle des Unternehmens zur Diskussion stellen (Uricchio 2004). Diese können sich zudem auf den Gesetzgeber berufen, der dann das Unternehmen auf seine Pflicht hinweisen kann, die Gesetze zum Datenschutz einzuhalten. Im Falle von populären Seiten wie Facebook entwickelt sich die Dynamik der Kritik schnell weiter und erreicht die politischen Diskurse, in denen sich Politiker berufen fühlen können, die Agenda einer neuen Zielgruppe zu vertreten.¹⁶ Natürlich begegnet das Unternehmen diesen Entwicklungen mit der Entsendung von Lobbyisten, die dann für dessen Interessen innerhalb der politischen Binnendiskurse werben.

Neben den Möglichkeiten die Plattformen zu verwenden, um Kritik am Unternehmen zu üben, kann auch das Design appropriiert werden. Der *Unfuck Facebook* Plug-In für Firefox erlaubt es Anwendern, Facebook in einer auf Basis-Funktionen reduzierten Form auszuführen. Die Seite *Open Book* führt vor, wie persönliche Facebook-Status-Updates der breiten Öffentlichkeit

15 Facebook Protest: <<http://facebookprotest.com/>>

16 So versucht die Piratenpartei mit ihrer Internetkompetenz eine Lücke in der deutschen Parteienlandschaft zu erschließen.

zugänglich sind, wenn Anwender sich nicht die Mühe machen, ihre Privacy Settings entsprechend zu adaptieren.¹⁷ Die Applikation *Give Me My Data* erlaubt Usern einen direkten Download der auf Facebook erstellten Daten.¹⁸ Die aufsehenerregende *Web 2.0 Suicide Machine* bietet ähnlich wie das etwas ältere aber weniger bekannte *Seppuko* entnervten Facebook, Twitter oder *Linked-In*-Anwendern schnell und endgültig ihre Profile zu löschen.¹⁹ Der *Quit Facebook Day* ruft die unzufriedenen Anwender auf, die soziale Netzwerkseite hinter sich zu lassen. Beinahe 40.000 Anwender versprachen ihren Facebook-Exitus für den 31. Mai 2010.²⁰ Geert Lovink hat diese und andere Medienpraktiken des Facebook-Protests in seiner Rede auf der *Open Culture Research Conference* diskutiert. Während die genannten Beispiele kreative Formen sind, um Dissent nicht nur als Petition zu formulieren, sondern als Applikation ausführbar zu machen, bieten die neuen Medien auch die Möglichkeit einer alternativen Plattform an. Für Facebook nannte Lovink das damals noch konzeptuelle *Diaspora*.²¹ *Diaspora* bietet die Möglichkeiten sozialer Netzwerkseiten wie Facebook oder Google Plus, dessen Interface dem von *Diaspora* wohl nicht nur zufällig verblüffend ähnlich sieht. Im Gegensatz zu den kommerziellen Anbietern ist *Diaspora* allerdings bestrebt, technisch wie auch bezüglich seiner Anwendungs-Richtlinien den Anwendern ein Maximum an Kontrolle zu erlauben. Die Partizipation der User soll dabei nicht auf eine scheinbare Partizipation im Sinne der oben genannten Facebook-Wahlen sein, sondern die eine system-inhärente Integration in die Entscheidungsprozesse, die Diskussion von Design-Elementen und Nutzerbedingungen, sowie die Implementation der geteilten Werte in das Software-design. Damit würde *Diaspora* eher dem Modell von *Wikipedia* entsprechen, wo sich diffizile Prozesse der User-Partizipation und deren weitreichende Teilnahme an den Entscheidungsprozessen etabliert haben (siehe Reagle 2010). Lovink's Kritik an den alternativen Plattformen und den rebellischen Aktionen der Anwender zielt auf die Problematik ab, der ökonomischen Logik zu entrinnen.²² Ein massenhafter Auszug der Anwender aus den so gern kritisierten sozialen Netzwerkseiten wird aber vor allem aus sozialen Gründen ausbleiben. Jonathan Zittrain formuliert diesen 'social lock-in' als:

winner-take-all network effects, that say that after a particular appliance or platform is dominating the [user's] environment. There are reasons why it would be awfully hard to leave. I can't necessarily leave Facebook with all the stuff I've contributed, all the mouse droppings that comprise my newsfeed, all the other people can't simultaneously leave with me.²³

Es wäre für Facebook gar nicht notwendig gewesen, mit Rechtsmitteln gegen die Macher der *Web 2.0 Suicide Machine* vorzugehen. Die Bereitschaft der Anwender, aus Protest die Plattform zu verlassen und die dort gepflegten Kontakte, sowie die dort gespeicherte Kommunikation, den dort erarbeiteten sozialen Status aufzugeben, ist nicht groß. Facebook zeigt sich durchaus flexibel. Privacy Settings werden so angepasst, dass die Anwender das Gefühl haben, ihre Daten besser kontrollieren zu können. Eine Download-Möglichkeit für die auf Facebook erstellten Daten, inklusive der Kommunikation mit dem eigenen sozialen Netzwerk ist inzwischen auch integriert. Es

17 Die Selbstbeschreibung von Open Book lautet: "Facebook helps you connect and share with the people in your life. Now, even if they are not your friends and you don't know them, you can still read peoples recent posts (based on their own words)". Open Book: <<http://openbook.org/>>

18 Give Me My Data <<http://givememydata.com/>>

19 *Web 2.0 Suicide Machine*, <<http://suicidemachine.org/>>; *Seppukoo* <<http://www.seppukoo.com/>>

20 <http://www.quitfacebookday.com/>

21 Geert Lovink: Critique of the Free and Open, Keynote auf der Open Culture Research Conference, Berlin, 8.-10. Oktober 2010, siehe Zusammenfassung hier: <<http://mastersofmedia.hum.uva.nl/2010/11/10/geert-lovink-critique-of-the-free-and-open-keynote/>>

22 Während *Wikipedia* es soweit gelungen ist, finanziell unabhängig zu sein, und neben den festen Mitarbeitern der Stiftung genügend Freiwillige zur Administration und für die Kommunikation mit der Wikipedia-Community zu finden, muss *Diaspora* sich erst noch etablieren.

23 Zittrain in einem Interview, <<http://bigthink.com/jonathanzittrain>>

geht darum, den Nutzern soweit entgegenzukommen, wie es das eigene Geschäftsmodell erlaubt. Für dieses sind die großen Anwenderzahlen eine notwendige Voraussetzung. *MySpace* demonstriert, wie schnell auch eine sehr große und erfolgreiche Plattform in die Bodenlosigkeit des rapiden Nutzerschwundes absinken kann. Allein im April 2011 verließen 10 Millionen User das einstmalige Vorzeigeprojekt des 'social web'.

Das staatsmännische Auftreten von Mark Zuckerberg, der sich per Videobotschaft an seine Anwender wendet, hängt viel mehr mit dem Bewusstsein zusammen, dass der rhetorisch zelebrierten Partizipation eine, wenn auch limitierte, Teilnahme der Anwender folgen muss. Dabei lassen sich Teile der kritischen Anwenderbasis als konstruktive Kollaborateure in die Plattform integrieren, indem sie die Möglichkeit erhalten, die Richtlinien des Unternehmens in Kommentaren zu kritisieren. Das weitaus effektivere Resultat ist die Etablierung einer nur kollektiv legitimierter 'Souveränität' des Unternehmens und seiner Kontrolle und Regulierung der Anwenderaktivitäten. Das staatsmännische Auftreten Zuckerbergs auf Facebook setzt sich dann auch nahtlos im politischen Diskurs fort, wo er zusammen mit anderen führenden Kräften der Web-Applikationen-Industrie zu Konferenzen und Gipfeltreffen mit den führenden Kräften politischer Administrationen eingeladen wird.²⁴

Während sich sowohl Politiker als auch die kommerziellen Anbieter der Plattformen in Lippenbekenntnissen zur Bürgerpartizipation üben, fordern User-Gruppen verstärkt eine Neubewertung dieser jungen Öffentlichkeiten. Münker zeigt, dass sich das 'soziale' der 'social media' gerade in der Konstitution von Räumen und Praktiken, die traditionellerweise als 'Öffentlichkeit' im Sinne von Habermas begriffen wurden, manifestiert (Münker 2009). Das oft beschworene kuschelige Community-Miteinander, indem Shirky und Leadbeater die Qualität der populären Web-Plattformen sehen, ist dagegen die entpolitisierte Warenform der 'sozialen Medien' (Shirky 2010; Leadbeater 2008). Das Politische reduziert sich hier auf den 'Like-Button', mit dem man seine Sympathie für demokratische Aktivisten im Nahen Osten demonstriert. Die akademische Debatte kritisierte die populären Web-Plattformen vor allem wegen ihrer zweifelhaften Machtstrukturen und spitzte diese Kritik vor allem auf die Themen Verletzung der Privatsphäre zu (Nutzung der Nutzerdaten) und auf die Mehrwertgenerierung aus der durch die Anwender verrichteten Arbeit (siehe z.B. Scholz 2007, 2008; Zimmer 2008). Wie ich gezeigt habe wird die Kritik an den Anbietern der Plattformen und ihren Regeln zwar durch die Anwender formuliert, aber innerhalb der durch das technische Design gesetzten Grenzen. Auch wenn die ökonomische Logik der Web-Industrien alternative Modelle vor eine große Herausforderung stellt, verhindert auch die 'soziale' Bindung an die Plattform, dass Anwender in großen Zahlen zum alternativen Anbieter wechseln.

Während populäre Plattformen wie Facebook, Twitter, YouTube oder Flickr das Objekt der Kritik kritischer Nutzer sind, sind sie gleichzeitig wichtige Infrastrukturen in der gesellschaftspolitischen Debatte geworden, wo ganz unabhängig von einer Kritik an der Plattform selbst, Aufmerksamkeit für politische Themen generiert, Aktivismus organisiert wird und Informationen verteilt werden. Die kommerziellen Anbieter provozieren also nicht nur kritisches Engagement bei einer beschränkten Zahl ihrer eigenen User, sie dienen gleichzeitig bürgerlichen Aktivisten als Infrastruktur zur politischen Organisation. Hierin zeigt sich wieder das Potential dieser Plattformen als Öffentlichkeit. Sie fügen sich damit in ein Netzwerk von zahlreichen Applikationen und Praktiken ein, die die Sphäre der politischen Öffentlichkeit weitgehend ausgedehnt haben. Außerdem zeigt sich die Heterogenität der neuen öffentlichen Sphäre im digitalen Raum, wo

24 Zuckerberg war zu dem e-G8 Summit in Paris eingeladen. Präsident Barack Obama hielt ein Town Hall Meeting in den Räumlichkeiten von Facebook ab.

kommerzielle Plattformen direkt verbunden sind mit Inhalten aus alternativen, unabhängigen oder nicht-kommerziellen Quellen.

Politischer Wandel durch technischen Vorsprung

Spätestens seitdem den 'sozialen Medien', wie Facebook oder Twitter, eine zentrale Rolle in den Aufständen des arabischen Frühlings zugeschrieben wurde, werden sie als neue Foren bürgerlichen Aktivismus beschrieben. Das reicht vom unschuldigen Enthusiasmus der User selbst bis hin zu ernstgemeinten Aufforderungen, diesen Plattformen eine zentrale Rolle in der US-amerikanischen Außenpolitik zuzuweisen (Shirky 2011). In seinem programmatischen Text *The Political Power of Social Media* sieht Shirky die Transformation repressiver Regime, in dem emanzipatorischen Effekt der sozialen Medien begründet. Mit seinem Vertrauen auf Medientechnologie als Agent des politischen Wandels, reiht sich Shirky nahtlos in eine lange Geschichte politischer Mediennutzung ein.²⁵ Marshall McLuhan schreibt bereits in den 50er Jahren:

„We can win China and India for the West only by giving them the new media. Russia will not give these to them“ (McLuhan 1954: n.p.). Außenministerin Hillary Clinton setzt natürlich nicht blind auf Technik für den politischen Wandel, formuliert mit ihrer *Internet Freedom Initiative* aber dennoch freien Information-Zugang mit sozialem und ökonomischen Fortschritt:

We are convinced that an open internet fosters long-term peace, progress and prosperity. The reverse is also true. An internet that is closed and fractured, where different governments can block activity or change the rules on a whim – where speech is censored or punished, and privacy does not exist – that ... is an internet that can cut off opportunities for peace and progress and discourage innovation and entrepreneurship.²⁶

Während die Warnung vor einem geschlossenen und zerteilten Internet sich vor allem mit außenpolitischem Kalkül an die chinesische Regierung gerichtet war, übte ironischerweise das politische Establishment der USA Druck auf Unternehmen und Institutionen aus, um die Whistleblower-Plattform *Wikileaks* auszuschalten. Hier wird der Drahtseilakt der Politik besonders gut sichtbar. Nachdem das emanzipatorische Potential der bürgerlichen Selbstorganisation via Internet einerseits begrüßt wird, begegnet ihr die Politik andererseits mit Skepsis. Jahrelang hatte die Politik den gesellschaftsgestalterischen Anspruch der verteilten Netzöffentlichkeiten ignoriert und auch das Ausmaß gesellschaftlicher Transformation unterschätzt.²⁷ Das Internet wurde lange Zeit als neuer Wirtschaftsraum für e-Commerce und Informations-Ökonomie betrachtet. Politische Partizipation beschränkte sich weitgehend auf die Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte. Die Zivilgesellschaft tauchte in diesen Entwürfen vor allem in der Rolle des Konsumenten auf. Exemplarisch findet

25 Eine hervorragende Beschreibung politisch konnotierter Medien-Innovationen findet sich bei Dieter Daniels: *Kunst als Sendung. Von der Telegraphie zum Internet*. München: Beck, 2000.

26 Hillary Clinton zitiert in einem kritischen Beitrag zu den Widersprüchen zwischen der Richtlinie für Internet Freedom und der Verfolgung von Julian Assange und Wikileaks. Siehe: Dan Sabbagh: „Hillary Clinton's speech: Shades of hypocrisy on internet freedom“, in *The Guardian*, 15. Februar 2011, online <<http://www.guardian.co.uk/world/2011/feb/15/hillary-clinton-internet-freedom>>

27 Das Versagen der etablierten Parteien hinsichtlich gesellschaftspolitischer Aspekte des Internet wurde kürzlich in einem Artikel der Frankfurter Allgemeine Zeitung am Beispiel der Grünen gezeigt. Die Inkompetenz in Sachen Internet betrifft tatsächlich die gesamte Parteienlandschaft und begründet das Entstehen von Themen-Parteien, wie den Piraten. Siehe Jan Ludwig: „Die Freibeuter der Leere“, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. November 2011, online <<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/digitales-denken/gruene-und-piraten-die-freibeuter-der-leere-11538418.html>>

sich das, in dem von der Bill Clinton-Al Gore Administration favorisierten Modell des *Information Super Highway*, den Vize-Präsident Al Gore 1997 so beschrieb:

We are on the verge of a revolution that is just as profound as the change in the economy that came with the industrial revolution. Soon electronic networks will allow people to transcend the barriers of time and distance and take advantage of global markets and business opportunities not even imaginable today, opening up a new world of economic possibility and progress.²⁸

Mit dem Web 2.0 und seinen leicht zu bedienenden Interfaces, seiner Legende von bürgerlicher Partizipation und kollektiver Produktion sind diese neuen Möglichkeiten scheinbar in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Zumindest attestiert das Eurobarometer, das der umfassenden Studie *The Social Impact of ICT* zugefügt ist, dass sowohl die jungen Europäer als auch diejenigen mit höheren Bildungsabschlüssen nahezu vollzählig das Internet nutzen. Bildungsferne Milieus sind zu 25% online und die älteren Generationen nutzen immerhin zu 38% die online-Angebote. Die Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen werden als klein beschrieben (Lengyel, Lorincz und Gareis 2010).²⁹ Was diese User online tun unterscheidet sich dabei nicht wesentlich von den Ergebnissen, die das PEW Research Center in zahlreichen Studien zur Internetnutzung US-amerikanischer Bürger publiziert hat.³⁰ Nutzung der sozialen Netzwerkseiten, downloaden von Videos und Musik, Online-banking und Shopping führen die Liste an, neben dem diffusen 'suchen von Informationen' (Helsper, Ellen, Wolf Richter und Eric T. Meyer 2010:182-183). Dennoch attestiert die umfassende Studie *The Social Impact of ICT* der EU keine nahtlose Integration der Informationsinfrastrukturen und der neuen Medienpraktiken in die breite Gesellschaft. Auch wird darauf hingewiesen, dass es der Politik nicht gelungen ist die neuen Medien zu einer Ausweitung der bürgerlichen Partizipation zu nutzen. Im Gegenteil Van Dijck weist explizit auf das seit 25 Jahren kontinuierlich sinkende Engagement von Bürgern im öffentlichen Leben hin (Van Dijck 2010:20). Obwohl auch Van Dijck den neuen Medien ein weitreichende Emanzipationspotential unterstellt bleibt sieht er dessen Nutzung nicht als kollektive gesellschaftsgestalterisches Unterfangen, sondern alles individuelle Tätigkeit:

Online activities contribute to the individualized kind of participation and individual citizen emancipation described. The contemporary citizen acts from his/her own environment and experiences and s(h)e inserts these experiences in public opinion, among others the online public sphere. There is less deductive reasoning from collective political, social or cultural interests. (Van Dijck 2010:21).

Das Ergebnis der Studie hinsichtlich der Bemühungen politischer Administrationen um über ihre Bürger über die neuen Medien zur aktiven Partizipation in Gesellschaft, Kultur und Politik zu bewegen fällt dann auch sehr nüchtern aus. Die Autoren stellen fest, dass eine Annäherung von politischen Administrationen und Bürgern durch eParticipation-Initiativen nachgewiesen werden konnte. Die Studie stellt nüchtern fest, dass die von den Administrationen oktroyierten Initiativen

28 William J. Clinton and Albert Gore, Jr. „A Framework for Global Electronic Commerce“, Washinton DC, 1. Dezember 1997, online <<http://www.w3.org/TR/NOTE-framework-970706.html>>

29 Natürlich stellt konstatiert auch diese Studie einen 'Digital Divide' der in Europa generell von West nach Ost bzw. Nord nach Süd verläuft. Die skandinavischen Ländern haben die höchste Diffusion von Internetanschlüssen und diversifizierten online Medienpraktiken, während vor allem die Osteuropäischen Länder hier Wachstumspotential zeigen (Lengyel, Lorincz und Gareis 2010:492)

30 Siehe Pew Trend Online Activities <<http://www.pewinternet.org/Trend-Data/Online-Activites-Total.aspx>>

weniger Aussicht auf Erfolg haben, als die sogenannten Grassroot-Aktivitäten der Bürger. Regierungen und politische Administrationen experimentieren mit elektronischer Partizipation, nicht um ihren Bürgern wirklich Mitsprache und Teilhabe am politischen Entscheidungsfindungsprozess zuzugestehen, sondern vor allem um Legitimität herzustellen:

The main motive for governments and public administration to start experimenting with eParticipation is to close the gap that is perceived to be growing between governments and citizens and to boost the legitimacy of government policy and administrative decisions.³¹

Es ist daher keineswegs verwunderlich, dass die Großen der Internet-Industrie und mit ihnen auch Mark Zuckerberg regelmäßig zum Stelldichein auf politische Gipfeltreffen geladen werden. Vermutlich inspirieren die Plattformen mit ihrer praktizierten Scheindemokratie und den weitreichend gesteuerten User-Aktivitäten als Prototypen der zu entwickelnden online-Demokratie. Der jovial-patriarchalen Herrschaft Zuckerbergs stehen die ad-hoc organisierten Kollektive, temporären autonomen Zonen und eine Vielzahl von medialen Praktiken und Werkzeugen gegenüber. Die Kritiker des Web 2.0 übersehen oft, dass seine gratis-Applikationen temporär zweckentfremdet und anderweitig angewandt werden können. Die Plattformen sind austauschbar und deren Ökonomie ist den volatilen User-Zahlen unterworfen.

In der Diskussion um das emanzipatorische Potential der neuen Medien lassen sich drei Elemente ausmachen: die Möglichkeit Massen zu mobilisieren und Aufmerksamkeit für Themen herzustellen, der freie Zugang zu Informationen oder Daten, und die Ausbreitung des traditionellen politischen Diskurses in die online-Öffentlichkeiten. Diese drei Elemente sind direkt miteinander verbunden. Im populären Diskurs werden sie oft reduziert auf die Plattformen, deren Markenname dann synonym für die Medienpraxis zu stehen scheint. Massenmobilisation im Nahen Osten wird untrennbar mit Twitter in Verbindung gebracht, der Zugang zu Daten wird unter dem Label 'Open Data' diskutiert und der Anspruch auf Transparenz und freiem Zugang zu sensiblen Informationen wird mit *Wikileaks* identifiziert. Der dritte Aspekt, die Ausbreitung oder besser die Multiplikation von Öffentlichkeit wird im allgemeinen mit der 'Blogosphäre' assoziiert. Der alte Traum einer kritischen und aufgeklärten Öffentlichkeit, ist allen Elementen inhärent und wird auf unterschiedliche Weise im populären Diskurs referiert. Die Ambivalenz von Technologie und die Heterogenität der medialen Praktiken erlaubt es aber nicht einseitig den Medien selbst einen emanzipatorischen Charakter zuzuschreiben. Sie sind aber zentrale Akteure in der Transformation der Öffentlichkeit.

Massen Mobilisieren

Die Netzwerkqualitäten der neuen Medien ermöglichen die Mobilisierung von zahlreichen Teilnehmern. Howard Rheingold bezeichnete die, durch Kommunikationstechnik unterstützte, soziale Organisation von Gruppen als „Smart Mobs“ (Rheingold 2003). Mobile Telefone und Kurznachrichten können temporär als 'tactical media' (Lovink 2002:254) fungieren und alternativ zu etablierten Mediendiensten effektiv Nachrichten verteilen. In einem Informations-Vakuum oder einem streng regulierten Medienumfeld können diese alternative Informationsverbreitung auf hohe Aufmerksamkeit rechnen. Rheingold nennt als Beispiel die Organisation von Demonstrationen gegen den philippinischen Präsidenten Joseph Estrada im Jahr 2001. Shirky fügt dem noch das Beispiel der Demonstrationen in Spanien im Jahr 2004 zu, wo die Bevölkerung ihren Protest gegen

31 *The Social Impact of ICT, Final Report*, 2010, S. 7; online
<http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=5789>

die konservative Regierung und deren Reaktion auf die Bombenanschläge von Madrid mit Kurznachrichten über mobile Telefone organisierte (Shirky 2011). Die Aktivisten des Institute for Applied Autonomy versuchen solche Praktiken zu formalisieren und Applikationen zu entwickeln, die die bürgerliche Autonomie fördern. Dazu gehörte auch *TXTMob*, ein Programm mit dem sich kurze Nachrichten an eine große Zahl mobiler Telefone senden lassen.³² Damit sollten Demonstranten sich besser organisieren können und schnell Nachrichten über Polizeiaktionen verbreiten. Der kommerzielle Weiterentwicklung von *TXTMob*, *Twitter*, wurde die erfolgreiche Mobilisierung von Demonstranten nach der Wahl in Iran zugeschrieben.³³ Angeblich intervenierte 2009 das US-amerikanische Außenministerium sogar, um zu verhindern das geplante Wartungsarbeiten, die Erreichbarkeit des Dienstes im Iran beeinträchtigen.³⁴ Während *Twitter*, *YouTube* und *Flickr* verwendet wurden, um Nachrichten aus Teheran und anderen iranischen Städten zu verbreiten, wurde mit Hilfe von Proxy-Servern versucht die weitgehend kontrollierte Internetinfrastruktur im Iran für Aktivisten zu öffnen.³⁵ *Google* und *Facebook* stellten Persische Übersetzungen ihrer Applikationen zur Verfügung (Farivar 2011:156). Das lose Kollektiv *Anonymous* rief auf dem *Insurgence Wiki* User auf, sich an einer Art 'Denial of Distributed Service Attack' zu beteiligen, indem man über ein zur Verfügung gestelltes Programm eine Website iranischer Sicherheitsbehörden angriff.³⁶ Während also die verteilten Netzöffentlichkeiten auf die eine oder andere Weise Sympathie für demokratische Aktivisten in repressiven Regimen manifestieren, versuchten die Autoritäten der kritisierten Systeme die Meinungshoheit in der Blogosphäre zu erlangen und die Kommunikation der Aktivisten mit zumeist westlicher Technologie zu unterbrechen (Farivar 2011:6).³⁷ Waren amerikanische Sicherheitsbehörden im Falle der iranischen Angelegenheiten scheinbar erpicht, den dortigen Aktivisten Zugang zu Kommunikationskanälen zu ermöglichen, so setzten sie im Falle von Wikileaks, Firmen und Provider unter Druck, um ihre Dienstleistungen für die Whistleblower-Plattform einzustellen. Und auch in diesem Fall mobilisierte sich nicht nur eine empörte Öffentlichkeit, sondern formierten sich 'Anonymous' Kollektive, die die Webseiten jener Firmen attackierten, die ihre Dienstleistungen für Wikileaks einstellten.³⁸ Die Liste der Beispiele für

32 *TXTMob* auf der Webseite des Institute for Applied Autonomy: <<http://www.appliedautonomy.com/txtmob.html>>

33 Lev Grossman: „Iran Protests: Twitter, the Medium of the Movement“, in: *Time*, 17 Juni 2009; online <<http://www.time.com/time/world/article/0,8599,1905125,00.html>>

34 *Ibid.*

35 Es muß erwähnt werden, dass der Internet Relay Chat (IRC) ein sehr frequenter, wenn auch vom populären Diskurs übersehener, Kommunikationskanal ist.

36 Die Webseite *Gerdab.ir* veröffentlichte Fotos von Demonstranten mit der Aufforderung diese zu identifizieren. *Anonymous* rief daraufhin User auf, das Programm *Epic Fail Cannon* zu installieren. Damit können auch ungeübte Nutzer sehr einfach eine Zieladresse auswählen und diese mit einer großen Anzahl Anfragen belasten. In einer Weiterentwicklung des Programms, der *Low Orbit Ion Cannon*, ist die Applikation auch von Dritten zu steuern. Damit spenden die Anwender Rechen- und Netzwerkkapazität für die organisierte Überlastung von Webseiten. Eine gute Beschreibung findet sich bei Pras et al. (2010).

Die URL des *Insurgence Wiki* wechselt häufiger; zum Zeitpunkt dieses Schreibens war nachstehende URL aktuell. Im Übrigen gilt, dass der IRC ein zentraler Kommunikationskanal der *Anonymous*-Aktivisten ist. *Insurgence Wiki*: <http://dnathe4th.porfusion.com/partyvan/07-31-08/index.php/Main_Page.html>

37 Evgeny Morozov bietet mit seinem Buch *The Net-Dellusion. How Not to Liberate the World* einen kritischen Gegenpol zu den Erfolgsgeschichten des Internetaktivismus und zeigt wie repressive Regime die neuen Medien sehr erfolgreich einsetzen, um Dissens und Aktivismus zu unterdrücken (Morozov 2011).

38 Der Wikipedia-Artikel zu Operation Payback bietet eine gute Übersicht über die Ereignisse. *Wikipedia/Operation payback* <http://en.wikipedia.org/wiki/Operation_Payback>

die Mobilisierung von Öffentlichkeiten oder Aktivisten unter Zuhilfenahme neuer Medien und der Einsatz von 'tactical media' lässt sich weiter fortsetzen.

Deutlich wird jedoch, dass die Mobilisierung von Aufmerksamkeit und aktiver Partizipation an politisch konnotiertem Aktivismus ein starkes Motiv erfordert, das Personen motiviert sich zu engagieren. Das Motiv ist jedoch austauschbar und die Teilnahme an online organisierten Aktionen genauso ambivalent, wie die verwendete Technik.

Zugang zu Daten

Mit dem Slogan 'We open governments' betrat *Wikileaks* die politische Bühne. Wikileaks wurde vor allem mit der Veröffentlichung des *Collateral Murder* Videos, der *Iraq War Logs* und der Botschaftsdepeschen, dem sogenannten *Cablegate* einer breiten Öffentlichkeit bekannt.³⁹ Wikileaks ist in erster Linie ein online-Depot für Informationen, die anonym an die Plattform geschickt werden und dort dann frei verfügbar sind. Neu daran ist, dass Whistleblower die Möglichkeit haben unerkannt zu bleiben.⁴⁰ Schnell galt Wikileaks als das neue Modell eines egalisierten, investigativen Journalismus. Wikileaks-Gründer Julian Assange spricht von 'scientific journalism' und verweist auf die Praxis der wissenschaftlichen Forschung wo Daten gemeinsam mit dem Artikel zu veröffentlicht werden sollen. Wikileaks sollte das Ende der Geheimniskrämerei in Vorstandsetagen und Regierungen sein (Khatchadourian 2011) und kompromittierende Dokumente, anonym einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Im populären Diskurs wurde mit Wikileaks schnell ein neues Zeitalter der Transparenz ausgerufen. Dabei wird übersehen, dass die Existenz der Plattform, Unternehmen und Regierungen gleichermaßen stimuliert, ihre Daten besser zu schützen, wie Jaron Lanier in seiner kritischen Analyse von Wikileaks feststellt (Lanier 2010). Wikileaks ist in erster Linie also eine Praxis zur Veröffentlichung von sensiblen Informationen. Entscheidend ist es hierbei die spezifische Qualität der Daten zu berücksichtigen. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Informationen als lesbare Dokumente vorliegen, es kann sich genauso gut um eine Datenbank handeln oder um Logfiles, deren Inhalte oft Maschinen-generiert sind und einer speziellen Analyse bedürfen. Die genannten Veröffentlichungen, das *Collateral Murder* Video, die *Iraq War Logs* und sowie die *Cablegate* Berichte waren von langer Hand vorbereitet. Bei den beiden letztgenannten war die Zusammenarbeit mit traditionellen Zeitungen entscheidend. Die journalistische Evaluation, die Kontextualisierung und Aufbereitung für eine Berichterstattung konstituierte nicht nur Glaubwürdigkeit, sondern machte die Informationen auch konsumierbar.

Ähnliches bestätigen Forschungsprojekte am Studiengang für New Media & Digital Culture in Utrecht. Ein Versuch die sogenannten *9-11 Pager Messages* zu analysieren, konfrontierte uns mit mehr als 500.000 abgefangenen Pager-Nachrichten die am 11 September 2001 versandt wurden.⁴¹ Erst nach einer automatisierten Selektion der unlesbaren, Maschinen-generierten Berichte von den

39 Die Iraq War Logs finden sich unter <http://mirror.wikileaks.info/wiki/Iraq_War_Logs>, 2004-2009/
Die Berichterstattung der mit Wikileaks kollaborierenden Britischen Zeitung The Guardian, findet sich unter <<http://www.guardian.co.uk/world/iraq-war-logs>>

40 Bradley Manning, der beschuldigt wird die Botschaftsdepeschen an Wikileaks weitergeleitet zu haben, gab sich selbst als Informant dem Hacker Adrian Lamo zu erkennen, der diese Information den US-amerikanischen Behörden weiterleitete; siehe auch James Ball: All the Encryption in the World wouldn't have kept Bradley Manning safe, in The Guardian, 16. Juli 2011, online <<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/jul/16/bradley-manning-wikileaks-security>>

41 Weaver, Matthew: „9-11 re-enacted: Wikileaks publishes September 11 pager messages“, in: *The Guardian*, 25. November 2009, online: <<http://www.guardian.co.uk/world/blog/2009/nov/25/september-11-wikileaks-pager-messages>>

lesbaren Textnachrichten der Pager-Nutzer, konnte eine Datenbank mit einer Volltext-Suchmöglichkeit erstellt werden. Um die Daten zu kontextualisieren wurde der Zeitablauf des 11. September der Wikipedia entnommen. Die Ergebnisse willkürlicher Stichwortsuchen wurden dann dynamisch visualisiert und der Zeitachse und der Anzahl der gefunden Treffer der betreffenden Stichworte, sowie dem Kontext der Ereignisse zugeordnet. Für die *GITMO Files*, ca. 4.000 Seiten im PDF-Format mit Gutachten zu den Insassen von Guantanamo Bay, wurde Software adaptiert, um die Dateien automatisch zu lesen und die individuellen Häftlings-Nummern zu extrahieren. Auf Basis dieser Informationen erstellte Ryanne Turenhout eine Visualisierung der Beziehungen der einzelnen Häftlinge (siehe Abbildung 3).

EINFÜGEN Abbildung 3

Abbildung 3: Beziehungen zwischen Insassen des durch die U.S.A. betriebenen Lagers Guantanamo Bay, erstellt aus Informationen aus den Häftlings-Gutachten (Ryanne Turenhout)

Es reicht also nicht Daten irgendwo zugänglich zu speichern. Notwendig sind mediale Praktiken und die notwendige Kompetenz um diese Daten zu analysieren, zu bewerten und zu kontextualisieren. Eine ähnliche Herausforderung trifft auf die derzeit euphorisch begrüßten 'Open Data' Initiativen zu.⁴² Zahlreiche Regierungen fördern derzeit Open Data Initiativen und stellen umfangreiche Datenbestände zur Verfügung.⁴³ Mit den Daten können lokale Initiativen dann die unterschiedlichsten Dinge tun, wie beispielsweise Abfahrtszeiten der öffentlichen Verkehrsmittel verwenden, um Fahrplan-Applikationen zu erstellen, oder aber detaillierte Informationen zum Haushalt der Gemeinde zu veröffentlichen.⁴⁴ Die systematische Veröffentlichung von Datenbeständen der Regierungen, vorausgesetzt sie betreffen nicht die Privatsphäre der Bürger, könnte zur Konstitution einer allgemein zugänglichen Wissensressource führen. Diese müsste allerdings gepflegt und unterhalten werden; darüber hinaus erfordert der sinnvolle Umgang mit den Daten und die Herstellung nützlicher Applikationen eine Gruppe kreativer und technisch wie analytisch kompetenter Entwickler.⁴⁵ Wichtig wäre auch die Entwicklung von Standards und Infrastrukturen, so dass die Daten unterschiedlicher Bestände mit einander verknüpft werden können. Ein Aspekt, den die Initiative zur Erstellung eines Paneuropäischen Open Data Portals berücksichtigt (Shadbolt 2010).

Während die oben beschriebene Generierung von Aufmerksamkeit und die Mobilisierung von politischen Aktivisten technische und vor allem soziale Kompetenz erfordert, ist es im Zusammenhang mit der Analyse von Daten und dem Zugang zu Information vor allem analytische und technische Kompetenz, die notwendig ist, um die Daten zu interpretieren und auszuwerten.

Ausbreitung der politischen Diskurse

Die oben genannten medialen Praktiken erfordern unterschiedliche technische Fähigkeiten.

42 Die *Zeit* unterhält einen lesenswerten Open Data Blog, der über viele interessante Initiativen auf dem Gebiet berichtet: <<http://blog.zeit.de/open-data/>>

43 Open Data der niederländische Regierung finden sich unter <<http://data.overheid.nl/>>, der britischen Regierung unter <<http://data.gov.uk/>>.

44 Beispiele finden sich auf der Seite *Open Data Showroom*: <<http://opendata-showroom.org/>>

45 Siehe auch Charles Arthur: Coins. A Flood of Data is on its way... but we will need to make sense of it., in: The Guardian, 4. Juni 2010, online <<http://www.guardian.co.uk/politics/2010/jun/04/coins-treasury-public-sector-data>>

Ausschlaggebend ist, dass Partizipation an den online Öffentlichkeiten auch mit geringer oder gar ohne technische Kenntnis möglich ist. Das wurde vor allem deutlich durch Weblogs und Weblog-Dienste wie Blogger.com. Googles Blogger.com, wie auch Twitter oder Facebook erlauben Internet-Nutzern online zu publizieren, ohne sich technische Kenntnisse aneignen zu müssen. Die wesentliche Vereinfachung des Publikationsprozesses hat zu einer exponentiellen Zunahme von Weblogs geführt.⁴⁶ Diese Blogosphäre besteht zum Großteil aus Gelegenheitsbloggern die über sich und ihre Lieblingsthemen schreiben, sowie einer großen Zahl Autoren, für die der Weblog berufliche Interessen repräsentiert oder eine direkte Erweiterung der beruflichen Aktivitäten ist. Eine kleine Gruppe verdient ihren Lebensunterhalt durch Bloggen. Gegenüber den etablierten Medien, erfüllt die Blogosphäre weitgehend eine Kommentarfunktion beziehungsweise bietet ein Alternativprogramm, das von den kommerziellen Medien nicht angeboten wird.⁴⁷

Neben den Weblogs haben sich Microblogging-dienste wie *Twitter* etabliert.⁴⁸ Der Kurznachrichtendienst ist dabei sowohl fest in die Blogosphäre als auch in die traditionelle Medienlandschaft integriert, wie unsere Forschung zur niederländischen politischen Twitter-Sphäre zeigt. Eine Analyse der aktiv twitternden Parlamentsmitglieder und einer selektierten Gruppe Twitter-Accounts (von denen jeder von zumindest vier Abgeordneten auf Twitter 'gefolgt' wird) zeigt, dass Twitter in die bestehende Medienlandschaft integriert ist, aber dass eine Ausbreitung der Öffentlichkeit konstituiert wird (Schäfer, Overheul, Boeschoten 2012).⁴⁹

Fast jeder zweite Tweet in dem vorliegenden Sample enthält eine URL zu einer anderen Webseite, viele davon Webseiten der traditionellen Medien. Diese sind selber twitternd aktiv, entweder über Accounts, die das Medium selbst repräsentieren oder aber vertreten durch ihre Journalisten, für die Twitter eine Ausbreitung der eigenen Publikationstätigkeit. Die twitternden Politiker kommentieren in ihren Berichten oft die Medienberichterstattung.⁵⁰

Mit Twitter können Anwender sowohl senden als auch empfangen. Politiker wie Geert Wilders verwenden ihren Account ausschließlich als Sender und beantworten keinerlei Berichte, die ihnen als @reply zugesandt werden. Interessant wird die Analyse aber auf dem Micro-Niveau: Hier zeigt sich, dass durch gegenseitiges Senden von Tweetberichten (@reply und @mention) Beziehungsnetzwerke innerhalb der nationalen Twitter-Sphäre entstehen. Abbildung 4 zeigt die Tweet-Wechsel zwischen Mitgliedern der niederländischen politischen Twitter-Sphäre. Je größer ein Account abgebildet ist, desto mehr @replies wurden von diesem Account verschickt. Im Zentrum finden sich vor allem Journalisten, politische Kommentatoren, PR-Experten, junge Politiker, die besonders aktiv Gebrauch machen von den neuen Kommunikationsmitteln, Blogger und engagierte Bürger der niederländischen Netzöffentlichkeit. Hier entsteht also ein dichtes, informelles Informationsnetzwerk, das die etablierten Netzwerke um einen neuen Kanal erweitert. Nicht alle Teilnehmer sind darin präsent, den es bedarf der aktiven Kommunikation um hier integriert zu sein. Dennoch ist gerade dieses Netzwerk überraschend heterogen und zeigt, dass hier die Abstände

46 Die Entwicklung lässt sich gut in den jährlichen Berichte von *Technorati* zum „State of the Blogosphere“ verfolgen: <<http://technorati.com/state-of-the-blogsphere/>>

47 Dazu gehören auch politisch radikalisierte Plattformen, so wie der deutsche Islamfeindliche Weblog *Politically Incorrect* <<http://www.pi-news.net/>>

48 Die Applikation erlaubt das Versenden kurzer Nachrichten von bis zu 140 Zeichen. Twitter-User können die Berichte anderer twitter-User abonnieren, indem sie ihnen 'folgen'. Manche Twitter-User generieren große Gefolgschaften von tausenden Usern. Der Führer der rechtsradikalen PVV, Geert Wilders, verfügt über 131.000 'Followers'.

49 Über einen Zeitraum von fünf Wochen im October und November 2011 speicherten wir die Twitter-Berichte (Tweets) von unserem Sample, bestehend aus 97 Politikern des niederländischen parlaments und 383 Twitter-Usern, die von vier oder mehr Parlamentsmitgliedern 'gefolgt' werden. Die Anzahl der gespeicherten Berichte ist 124.000.

50 In dem von uns observierten Zeitraum war das Fernsehprogramm Pauw & Wittemann, eine politische Talk-Show, die am meisten kommentierte Medienproduktion.

zwischen Journalist, Blogger, aktivem Bürger und Berufspolitiker kleiner werden. Darüberhinaus gibt es Hinweise, dass aktive Twitter-User auch in der Lage sind effektiv Aufmerksamkeit für ein Thema zu generieren und eine Debatte zu generieren.

Mobilisierung von Partizipanten und Aufmerksamkeitsgenerierung, der Zugang zu Informationen und die Etablierung von Netzwerken des politischen Diskurses sind zentrale Elemente der sich transformierenden Öffentlichkeit. Das oft unterstellte Emanzipationspotential lässt sich allerdings nicht einseitig feststellen. Auch eine Applikation wie Facebook, kann als Plattform für politische Kritik dienen, genauso wie Twitter als reines Broadcasting-Medium verwendet werden kann, oder als PR-wirksames Element, um einen Politiker 'netzaffin' erscheinen zu lassen.

EINFÜGEN Abbildung 4

Abbildung 4: Netzwerk-Graph der Tweet-Wechsels zwischen Mitgliedern der politischen Twitter-Sphäre in den Niederlanden

Öffentlichkeit im Wandel

Die weitgehende Integration der neuen Medien in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens führt zu neuen Herausforderungen. Zum einen ist eine Multiplikation der Öffentlichkeiten zu konstatieren, in der jede Meinung eine Publikations-Nische im Internet findet. Gleichzeitig sind aber viele dieser Binnendiskurse mit denen der Mainstream-Medien verbunden und können manchmal auch die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit gewinnen. Von einer homogenen Netzöffentlichkeit kann daher nicht die Rede sein. Das Publikum politischer Themen ist volatil und seine Aufmerksamkeit kann oft nur temporär gewonnen werden. Debatten drehen sich dabei genauso um Geopolitische Themen, wie um das technische Design von Web-Applikationen, sofern es die kulturelle Freiheit oder persönliche Integrität der Anwender beeinträchtigt.

Die kommerziellen Plattformen des 'social Web' werden dabei zunehmend dem öffentlichen Raum zugerechnet, obwohl ihre Administration über keine demokratische Legitimität verfügt. Der Versuch sich den Anschein kollektiv legitimierter Souveränität zu geben zeigen die diversen Programme zur User-Partizipation auf Facebook. Auch politische Administrationen scheinen sich von den Versuchen mit Informationstechnologie-unterstützter Bürgerpartizipation vor allem PR-Effekte zu versprechen, die ihre Legitimität bestätigen sollen.

Für den engagierten Bürger bieten die neuen Medien viele Möglichkeiten, um an gesellschaftspolitischen Debatten teilzunehmen. Die Öffnung des Diskurs für Personen, die nicht Teil der professionellen Medienproduktion sind, ist inzwischen zum Allgemeinplatz der neuen Medien geworden. Es stellt sich nun die Frage, wie Regierungen und politische Administrationen die neuen Möglichkeiten nutzen wollen, ob sie tatsächlich an einer Integration bürgerlicher Partizipation interessiert sind, oder aber den von Facebook demonstrierten Weg der gesteuerten Partizipation wählen. Diese Fragen werden unter anderem auch an der den Bürgern und Usern zugewiesenen Rolle im Web 2.0, also der 'Warenförmigen' Version des Internets ausgehandelt. Der Gesetzgeber hat hier die Möglichkeit den Anspruch der Unternehmen auf Kontrolle und Mehrwertgenerierung aus User-Daten zu beschränken.

Die Ergebnisse zeigen eine dynamische Wechselwirkung zwischen der Emulation tradierter Handlungsmuster politischer Organisation und der Konstitution neuer (Gegen)Öffentlichkeiten in

online Medien. Darüber hinaus wird deutlich, dass nicht nur Fragen der Besitzverhältnisse und der legalen Integration der Web Plattformen von gesellschaftspolitischer Bedeutung sind, sondern vor allem auch die Rolle des Softwaredesigns, das letztendlich zu einem gewissen Grad 'programmierte Öffentlichkeiten' konstituiert. Gerade hinsichtlich der Bestrebungen der Politik, die neuen Medien als Prototypen einer elektronischen Bürgerpartizipation zu etablieren und die damit verbundenen Regeln gemeinsam mit den führenden Kräften der Internet-Industrie zu vereinbaren ist eine informierte und kritische Diskussion der technischen Aspekte und ihrer gesellschaftspolitischen Folgen notwendig.

Für die Medienwissenschaft stellt sich die Herausforderung Methoden zu entwickeln, um sowohl Aussagen über die bekannten Formen der Repräsentation von Macht oder der Konstitution von Gegenöffentlichkeiten als auch fundierte Analysen zu deren neuen technischen Fundamenten liefern zu können.

Bibliographie

- Castells, Manuel. 2009. *Communication Power*. Oxford, New York: Oxford University Press
- — 2011. A Network Theory of Power. In: *International Journal of Communication* 5 (2011), 773–787.
- Dijk, Jan A.G.M. Van. 2010. “Participation in policy-making. Study on the social impact of ICT”, in: *Study on the Social Impact of ICT (Topic Report 3)*. Brüssel: European Commission, DG Information Society and Digital Agenda
- Farivar, Cyrus. 2011. *The Internet of Elsewhere. The Emergent Effects of a Wired World*. Piscataway, NJ: Rutgers University Press.
- Helsper, Ellen, Wolf Richter und Eric T. Meyer: “Consumption (incl. media and entertainment)”, in: *Study on the Social Impact of ICT (Topic Report 3)*. Brüssel: European Commission, DG Information Society and Digital Agenda
- Khatchadourian, Raffi. 2011. Keine Geheimnisse. Julian Assanges Mission der totalen Transparenz, in: Heinrich Geiselberger (Hrsg.), *Wikileaks und die Folgen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Latham, Robert und Saskia Sassen. 2005. *Digital Formations. IT and New Architectures in the Global Realm*. Princeton: Princeton University Press.
- Lanier, Jaron. 2010. The Hazards of Nerd Supremacy: The Case of Wikileaks, in: *The Atlantic* 20. Dezember 2010, online <<http://www.theatlantic.com/technology/archive/2010/12/the-hazards-of-nerd-supremacy-the-case-of-wikileaks/68217/>>.
- Leadbeater, Charles. 2008. *We think. Mass innovation, not mass production*. Profile Books: London.
- Lengyel, Gyorgy, László Lőrincz und Karsten Gareis. 2010. Report on Findings from Flash Eurobarometer, in: *The Social Impact of ICT, EU Digital Competitiveness Report*, online <http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=5789>
- Lovink, Geert. 2002. *Dark Fiber. Tracking Critical Internet Culture*. Cambridge, MA: MIT Press.
- McLuhan, Marshall. 2011 [1954]. *Counterblast*. Berkley, CA: Ginko Press
- Morozov, Evgeny. 2011. *The Net Delusion. How Not to Liberate the World*. New York: Allen Lane.
- Münker, Stefan. 2009. *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*. Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Pras, Aiko, Anna Sperotto, Giovane C. M. Moura, Idilio Drago, Rafael Barbosa, Ramin Sadre, Ricardo Schmidt und Rick Hofstede. 2010. Attacks by “Anonymous” Wikileaks Proponents not Anonymous. *CTIT Technical Report 10.41*, Universität Twente, online <<http://eprints.eemcs.utwente.nl/19151/>>
- Reagle, Joseph. 2010. *Good Faith Collaboration. The Culture of Wikipedia*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Rheingold, Howard. 2003. *Smart Mobs. The Next Social Revolution*. Cambridge, MA: Perseus.
- Schäfer, Mirko Tobias, Nikos Overheul und Thomas Boeschoten. 2012. 140 Tekens voor de publieke sfeer. Forschungsbericht für das Projekt Voorgeprogrammeerd, Den Haag: Rathenau Instituut (in Druck).
- Shadbolt, Nigel. 2010. Towards a panEU dataportal – data.gov.eu, online <http://ec.europa.eu/information_society/policy/psi/docs/pdfs/towards_an_eu_psi_portals_v4_final.pdf>
- Shirky, Clay. 2010. *Cognitive surplus: Creativity and generosity in a connected age*. Penguin Press: London, New York.
- —. 2011. The Political Power of Social Media, in: *Foreign Affairs* Vol. 90, No. 1
- Scholz, Trebor. 2007. What the MySpace generation should know about working for free. *Collectivate.net*, <<http://www.collectivate.net/journalisms/2007/4/3/what-the-myspace-generation-should-know-about-working-for-free.html>>.
- —. 2008. Market ideology and the myths of Web 2.0. *First Monday*, Vol 13. No 3 <<http://www.uic.edu/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/2138/1945>>.
- Turenhout, Rianne 2012. Wikileaks en het naïeve idee over wat het toegankelijk maken van informatie teweeg zal brengen. MA Thesis, Universiteit Utrecht online: <<http://igitur-archive.library.uu.nl/student-theses/2012-0906-200527/UUindex.html>>
- Uricchio, William. 2004. Cultural Citizenship in the Age of P2P Networks. In *European Culture and the Media*, eds. Ib Bondebjerg, and Peter Golding, 139-164. Bristol. Intellect Books.
- Zimmer, Michael. 2008. The externalities of search 2.0: The emerging privacy threats when the drive for the perfect search engine meets Web 2.0. *First Monday*, Vol 13, No. 3, <<http://www.uic.edu/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/2136/1944>>.